

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

30.11.2023

Inhalt

EWN

- 1 | **Antrag auf Bau des LNG-Terminals gestellt**
Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung, 30.11.2023 3
- 2 | **LNG-Terminal auf Rügen droht jetzt Baustopp**
Nordkurier - Demminer Zeitung, 30.11.2023 5

📰 Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung | 30.11.2023 | S. 11

📄 Auflage: 9.014 | Reichweite: 24.426

👤 Anne Ziebarth

START MIT NUR EINEM REGASIFIZIERUNGSSCHIFF

Antrag auf Bau des LNG-Terminals gestellt

Es geht zunächst um die immissionsrechtliche Genehmigung der umstrittenen Anlage

Der Antrag für die Erteilung einer „immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zur Errichtung des LNG-Terminals“ in Mukran ist gestellt. Auch ein vorzeitiger Baubeginn einzelner Maßnahmen ist nach Angaben des Landes Teil des Antrages des Unternehmens Deutsche ReGas.

Im auf der Insel umstrittenen Terminal mit dem Namen „Deutsche Ostsee“ soll verflüssigtes und stark komprimiertes Flüssiggas zwischengelagert und anschließend in der Regasifizierungsanlage verdampft werden. Das Erdgas kann anschließend im gasförmigen Zustand in die im Bau befindliche Pipeline nach Lubmin geschickt werden und von dort aus ins Gasnetz eingespeist werden. So sollen jährlich bis zu 13,5 Milliarden Kubikmeter Gas regasifiziert werden. Nach Angaben von ReGas sind die Anlagen so konzipiert, dass später grüner Ammoniak entladen und als grüner Wasserstoff in das Fernleitungsnetz eingespeist werden könnte.

Zuständig ist, anders als beim Pipelinebau, die Landesbehörde. Im Antrag an die Genehmigungsbehörde sind zwei dieser FSRU-Anlagen aufgeführt. Wie das Staatliche Amt für Landwirtschaft und Umwelt in Stralsund mitteilte, will die Deutsche ReGas als Betreiberin aber zunächst nur bis Juni das Spezialschiff „Transgas Power“ im Industriehafen von Mukran einsetzen.

Das Unternehmen ReGas, das bereits im vorpommerschen Lubmin ein Terminal für Flüssigerdgas (LNG) betreibt, hatte die „Transgas Power“ im Oktober gechartert. Das unter maltesischer Flagge fahrende Tankerschiff kann den Angaben zufolge selbst 174 000 Kubikmeter Flüssigerdgas transportieren und im Einsatz als Wandlerstation das mit Tankern angelieferte verflüssigte Erdgas pro Jahr in bis zu 7,5 Milliarden Kubikmeter Erdgas umwandeln.

Das zweite von ReGas für Mukran geplante Spezialschiff, die „Neptune“, ist seit knapp einem Jahr in Lub-

min im Einsatz und speist dort Gas ins deutsche Verteilnetz ein. Nach Angaben eines Unternehmenssprechers soll das Schiff voraussichtlich im Frühjahr nach Mukran verlegt werden. Die Anbindungsleitung durch die Ostsee von Mukran nach Lubmin ist fast fertiggestellt.

Das LNG-Terminal soll neben den FRSU(Regasifizierungs)-Schiffen aus zwei Hochdruck-Gasverladearmen, einer Rohrbrücke als Verbindung zwischen den FSRU-Anlagen und den landseitigen Anlagenteilen und einer Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlage sowie mehreren Leitungen, u. a. für Wasserstoff, bestehen. Eigentlich ist für ein solches Vorhaben eine Umweltverträglichkeitsprüfung Pflicht. Die sei allerdings nicht anzuwenden, „wenn eine beschleunigte Zulassung des konkreten Vorhabens geeignet ist, einen relevanten Beitrag zu leisten, um eine Krise der Gasversorgung zu bewältigen oder abzuwenden“, heißt es in der Mitteilung vom Land. Genau das sind die Beweggründe der Bundesregierung, sich für das Terminal einzusetzen, man will die nationale Energieversorgung sicherer machen, hieß es.

Das Vorgehen ruft viele Kritiker auf den Plan. Sie verweisen nicht nur auf die hohen Gasspeicherstände, sondern auch darauf, dass die bestehenden Terminals in Deutschland in diesem Jahr bisher nur zu 58 Prozent ausgelastet gewesen seien, weitere Anlagen somit nur Überkapazitäten schaffen würden. Für Rügen befürchten sie irreparable Schäden für Natur und Tourismus.

Insbesondere das Ostseebad Binz setzt sich gegen den Bau des Terminals in seiner Nähe zur Wehr. Der von der Gemeinde beauftragte Rechtsanwalt Reiner Geulen kündigte noch für dieses Jahr zwei Gutachten an. „Eine erste Durchsicht der nunmehr veröffentlichten Antragsunterlagen bestätigt die Einschätzung unserer Gutachter, dass die geplanten Anlagen nicht genehmigungsfähig sind“, teilte er am Dienstag mit. Es gebe

weltweit keinen Standort für die Regasifizierung, der auch nur annähernd in einem derart geringen Abstand zu Wohngebieten und Siedlungen liege.

Der Antrag wird jetzt öffentlich ausgelegt, unter ande-

rem in Sassnitz. Dienstags zwischen 9 und 12 Uhr und 13 und 18 Uhr sowie donnerstags zwischen 9 und 12 Uhr und 13 und 16 Uhr können die Unterlagen eingesehen werden, sowie nach Vereinbarung. Telefonische Anmeldung erforderlich: 038392 / 680.

📰 Nordkurier - Demminer Zeitung | 30.11.2023 | S. 4

📄 Auflage: 1.960 | Reichweite: 4.957

👤 Andreas Becker

LNG-Terminal auf Rügen droht jetzt Baustopp

Obwohl teilweise schon Baugenehmigungen erteilt worden sind, gibt sich Rügen im Kampf gegen das LNG-Terminal nicht geschlagen. Offenbar gibt es erhebliche Sicherheitsbedenken, so die Flüssiggas-Gegner.

Binz. Das Ostseebad Binz lässt weder locker noch sich entmutigen – jetzt dreht die Gemeinde auf der Touristeninsel Rügen das ganz große Rad des Widerstands im Kampf gegen das LNG-Terminal im Hafen von Mukran. „Wir werden gegen die beantragten Genehmigungen für das Terminal – sollten sie erteilt werden – sofort einen Antrag auf Errichtungs- und Betriebsstopp vor dem Bundesverwaltungsgericht stellen“, kündigte Rechtsanwalt Reinhard Geulen, Prozessbevollmächtigter der Gemeinde Binz, am Dienstagabend an.

Sachverständige sollten Gutachten erstellen

„Die Gemeinde hat sich seit mehreren Monaten auf dieses Verfahren vorbereitet und insbesondere zwei renommierte Sachverständige beauftragt, entsprechende Gutachten anzufertigen. Eine erste Durchsicht der nunmehr veröffentlichten Antragsunterlagen bestätigt die bereits vorliegenden Einschätzungen unserer Gutachter, dass die geplanten Anlagen nicht genehmigungsfähig sind“, machte Geulen deutlich.

Laut dem renommierten Rechtsanwalt seien Störfallanlagen beantragt worden, die nach der Seveso-III-Richtlinie der EU und der deutschen Störfallverordnung als Störfallanlagen der obersten Klasse eingestuft seien. „Es gibt weltweit keinen vergleichbaren Standort der Gasifizierung oder Regasifizierung, der auch nur annähernd in einem derart geringen Abstand zu Wohngebieten und Siedlungen liegt“, sagte Geulen. Die LNG-Anlagen in den Tiefseehäfen der deutschen Nordsee seien innerhalb bereits bestehender und gesicherter Hafen- und Industrieanlagen und in großer Entfernung von Wohngebieten errichtet worden. Auf Rügen solle versucht werden, das Terminal von allen zentralen Vorschriften zum Schutz der Umgebungsbevölkerung vor Störfällen und schweren Unfällen zu befreien, so der Anwalt.

Damit meinte Geulen, neben den Sicherheitsabstän-

den zu Wohngebieten, „die nautischen Vorschriften zum Rangieren von Flüssiggastankern in Häfen sowie insbesondere die Vorschriften des Katastrophenschutzes und der Sicherung einer Evakuierung der Umgebungsbevölkerung“. Als Gemeinde Binz sehe man sich durch den nunmehr vorliegenden Antrag in der grundlegenden Ablehnung der gefährlichen ReGas-Anlagen bestätigt.

Im Juli war die Gemeinde vor dem Bundesverwaltungsgericht mit einer Einstweiligen Anordnung für einen vorläufigen Baustopp gescheitert. Doch davon wollen sich die Rügäner nicht beirren lassen.

Bestehende Terminals nur zu 58 Prozent ausgelastet

Das umstrittene Flüssigerdgas-Terminal soll im Januar zunächst mit einer Regasifizierungsanlage (FSRU) in Betrieb genommen werden. Wie das Staatliche Amt für Landwirtschaft und Umwelt in Stralsund mitteilte, will die Deutsche Regas als Betreiberin vorerst nur das Spezialschiff „Transgas Power“ im Industriehafen von Mukran einsetzen. Im ursprünglichen Antrag an die Genehmigungsbehörde seien zwei dieser FSRU-Anlagen aufgeführt gewesen.

Terminals zum Import von Flüssigerdgas sollen die Gasversorgung Deutschlands und anderer Länder absichern, nachdem Russland die Versorgung per Pipeline im vergangenen Jahr eingestellt hat. Bereits in Betrieb sind Anlagen in Wilhelmshaven und Brunsbüttel an der Nordsee sowie in Lubmin. Kritiker des in Mukran geplanten LNG-Terminals verweisen darauf, dass die bestehenden Terminals in diesem Jahr bisher nur zu 58 Prozent ausgelastet gewesen seien, weitere Anlagen somit nur Überkapazitäten schaffen würden. Für Rügen befürchten sie irreparable Schäden für Natur und Tourismus.